



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 110'854
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 13
Fläche: 69'499 mm²

Ständerat verteidigt AHV-Erhöhung

Mit den Entscheiden der kleinen Kammer bleiben in der Rentenreform die Differenzen zum Nationalrat weitgehend bestehen



Aufmerksame Zuhörer: Werner Hösl, Peter Föhn und Hans Wick (von links) während der Debatte. ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

CHRISTOF FORSTER, BERN

Für eine Mehrheit von SP und CVP sind die 70 Franken zusätzliche AHV-Rente entscheidend, damit das Volk der Rentenreform zustimmt. Die Gegner bezweifeln dies, unterliegen aber mit ihrem Vorschlag. In der ersten Runde der Differenzbereinigung hat der Ständerat am Dienstag weitgehend an seinen Entscheiden fest-

gehalten. Chancenlos war der vom Nationalrat beschlossene Interventionsmechanismus, der bei negativem AHV-Fonds als letzte Massnahme eine automatische Erhöhung des Rentenalters auf maximal 67 Jahre – kombiniert mit zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer – vorsieht. Ein derart weitgehendes Instrument erfordere eine Vernehmlassung, sagte Kommissionsprecher Konrad Graber (Luzern, cvp.). In Abstimmung mit dem Interventions-

mechanismus will der Nationalrat die Mehrwertsteuer vorerst nur um 0,6 Prozentpunkte anheben. Der Ständerat hält an der stufenweisen Erhöhung um 1 Prozentpunkt fest. Weitere Differenzen bleiben bei den Witwen- und Kinderrenten. Der Nationalrat will den Rentenanspruch auf Frauen mit unterstützungspflichtigen oder pflegebedürftigen Kindern beschränken, der Ständerat lehnt dies ab. Ebenso ist er gegen die Aufhebung von Kinderrenten in der



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 110'854
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 13
Fläche: 69'499 mm²

AHV, wie dies die grosse Kammer will.

Am längsten hielt sich der Rat bei der Frage auf, wie die Renteneinbussen von 12 Prozent in der Pensionskasse – bedingt durch den tieferen Umwandlungssatz – kompensiert werden können. Zur Debatte stand das ursprüngliche Modell des Ständerats, ergänzt mit einer Lösung für Teilzeitbeschäftigte. Kompensiert wird in der zweiten Säule über höhere Beiträge der Versicherten und in der ersten Säule über eine Erhöhung der Rente um monatlich 70 Franken für alle Neurentner. Zusätzlich erhalten Ehepaare mit einer AHV-Maximalrente eine Aufbesserung von 226 Franken pro Monat. Dieses Modell habe das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis, argumentierten die Vertreter der Mehrheit. Die Vermischung der beiden Säulen nehmen die CVP-Vertreter in Kauf. «Wir müssen keinen Schönheitswettbewerb gewinnen, sondern eine Volksabstimmung», sagte Graber.

Zulasten der Jungen

Genau dieses Ziel sieht Alex Kuprecht (Schwyz, svp.) aber massiv erschwert, weil nur die Neurentner von der AHV-Erhöpfung profitieren. Sein Vorschlag

sieht deshalb die Kompensation der Renteneinbussen innerhalb der zweiten Säule vor – über höhere Beiträge der Versicherten. Wie im Modell der Mehrheit profitieren Ehepaare in der AHV. Ergänzt wird die Minderheit Kuprecht durch einen Antrag von Karin Keller-Sutter (St. Gallen, fdp.). Sie will Leuten mit tiefen Einkommen, die bereits vor dem 21. Altersjahr Beiträge geleistet haben, die vorzeitige Pensionierung erleichtern. Die beiden Varianten sind laut Berechnungen des Bundes mit rund 3,2 Milliarden Franken etwa gleich teuer.

Bei den beiden Varianten sind die nach der Kompensation verbleibenden Renteneinbussen ungefähr gleich gross. Für gewisse Altersgruppen und Lohnkategorien sind indes bei der Minderheit Kuprecht die zusätzlich zu leistenden Beiträge in die Pensionskasse höher als beim Modell der Mehrheit. Dies liegt an der Teilkompensation über die AHV, in die Besserverdienende mehr einzahlen, als sie später Rente beziehen.

Das Modell des Ständerats belastet jedoch die jungen Generationen stärker als die Minderheit Kuprecht. «Meine und die künftigen Generationen sind die Verlierergenerationen», sagte Damian Müller (Luzern, fdp.), mit seinen 32 Jahren das jüngste Ratsmitglied. Die Last

für die Jungen werde immer grösser. Zudem sei die AHV-Erhöpfung nur bis 2030 finanziert. Eine Übersicht der Universität Freiburg zeigt, dass ohne die 70 Franken eine gleichmässige Verteilung der Sanierungslasten zwischen den Generationen resultiert.

Bei der Abstimmung standen sich zwei geeinte Blöcke gegenüber: SP und CVP gegen FDP und SVP. Der Antrag Kuprecht unterlag mit 18 zu 25 Stimmen (FDP-Vertreter Raphaël Comte enthielt sich der Stimme), jener von Keller-Sutter mit 19 zu 25 Stimmen.

Die rote Linie der FDP

Als Nächstes wird die Sozialkommission des Nationalrats im Januar und Februar die Modelle analysieren, wie deren Präsident Ignazio Cassis (fdp., Tessin) sagte. Das Kompensationsmodell des Nationalrats, das im Ständerat niemand verfochten hatte, werde nicht tel quel weiterverfolgt. Mehr Chancen gibt Cassis dem Modell Kuprecht. Derweil hat die FDP-Fraktion ihren Einsatz erhöht. Der Rentenausbau um 70 Franken sei eine «rote Linie». Noch nicht entschieden ist jedoch laut Fraktionschef Cassis, ob sie deshalb das Paket in der Schlussabstimmung ablehnen wird.